

**Eigenerklärung Russlandsanktionen (Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022)**

(von allen Bewerbern / Bieter / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

**Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:**

**Geschäftszeichen des Auftraggebers:**

**Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):**

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

**genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

**Unterschriften**

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

*(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*

*a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*

*b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*

*c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*

*auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*

*(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*

*a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*

*b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*

*c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*

*d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*

*e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*

*f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*

*(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*

*(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

**- ANLAGE Ausnahmetatbestände zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022**

**Übersicht über den Anwendungsbereich von Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576 vom 08.04.2022, soweit Ausnahmen von den Vergabe-Richtlinien betroffen sind**

Hinweis: Die nachfolgende Übersicht dient allein der Orientierung und soll zur leichteren Lesbarkeit der Vorgaben nach Art. 5k der Verordnung (EU) 2022/576 für Auftraggeber in der Bundesrepublik Deutschland beitragen. Rechtlich maßgeblich sind allein der EU-Verordnungstext sowie der Zuschnitt der jeweiligen Ausnahmetatbestände nach den EU-Vergabe-Richtlinien (rechte Spalte). Hier können sich im Einzelfall Abweichungen ergeben.

| Norm im GWB                                                                      | Kurzbezeichnung der Ausnahme                                                                                                                              | Maßgebliche Bezugsnormen in den EU-Vergabe-Richtlinien                                                                                                                        |
|----------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Allgemeine Ausnahmen nach § 107 GWB</b>                                       |                                                                                                                                                           |                                                                                                                                                                               |
| § 107 Abs. 1 Nr. 1 GWB                                                           | Schieds- und Schlichtungsleistungen                                                                                                                       | Art. 10 Abs. 8 lit. c der Richtlinie 2014/23/EU, Art. 10 lit. c der Richtlinie 2014/24/EU, Art. 21 lit. b der Richtlinie 2014/25/EU, Art. 13 lit. g der Richtlinie 2009/81/EG |
| § 107 Abs. 1 Nr. 2 GWB <u>nur</u> im Anwendungsbereich der Richtlinie 2014/23/EU | Grundstücks- und Immobilienverträge (Konzessionen)                                                                                                        | Art. 10 Abs. 8 lit. a der Richtlinie 2014/23/EU                                                                                                                               |
| § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB                                                           | Bestimmte von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbrachte Dienstleistungen des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes, der Gefahrenabwehr | Art. 10 Abs. 8 lit. g der Richtlinie 2014/23/EU, Art. 10 lit. h der Richtlinie 2014/24/EU, Art. 21 lit. h der Richtlinie 2014/25/EU                                           |
| § 107 Abs. 2 Nr. 1 GWB                                                           | Aufträge und Konzessionen, die wesentliche Sicherheitsinteressen iSd Art. 346 Abs. 1 AEUV betreffen                                                       | Art. 13 lit. a der Richtlinie 2009/81/EG                                                                                                                                      |
| <b>Besondere Ausnahmen nach § 116 GWB: öffentliche Auftraggeber</b>              |                                                                                                                                                           |                                                                                                                                                                               |
| § 116 Abs. 1 Nr. 1 GWB                                                           | Ausnahme bestimmter Rechtsdienstleistungen                                                                                                                | Art. 10 lit. d der Richtlinie 2014/24/EU                                                                                                                                      |

|                                                                                                                           |                                                                                         |                                          |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------|
| § 116 Abs. 1 Nr. 3 GWB                                                                                                    | Audiovisuelle Mediendienste und Hörfunkmediendienste                                    | Art. 10 lit. b der Richtlinie 2014/24/EU |
| § 116 Abs. 1 Nr. 4 GWB                                                                                                    | Finanzielle Dienstleistungen                                                            | Art. 10 lit. e der Richtlinie 2014/24/EU |
| § 116 Abs. 1 Nr. 5 GWB                                                                                                    | Kredite und Darlehen                                                                    | Art. 10 lit. f der Richtlinie 2014/24/EU |
| § 116 Abs. 2 GWB                                                                                                          | Kommunikationsnetze                                                                     | Art. 8 der Richtlinie 2014/24/EU         |
| <b>Besondere Ausnahmen nach §§ 137-139 GWB: Sektorenauftraggeber</b>                                                      |                                                                                         |                                          |
| § 137 Abs. 1 Nr. 1 GWB                                                                                                    | Ausnahme bestimmter Rechtsdienstleistungen                                              | Art. 21 lit. c der Richtlinie 2014/25/EU |
| § 137 Abs. 1 Nr. 3 GWB                                                                                                    | Audiovisuelle Mediendienste und Hörfunkmediendienste                                    | Art. 21 lit. i der Richtlinie 2014/25/EU |
| § 137 Abs. 1 Nr. 4 GWB                                                                                                    | Finanzielle Dienstleistungen                                                            | Art. 21 lit. d der Richtlinie 2014/25/EU |
| § 137 Abs. 1 Nr. 5 GWB                                                                                                    | Kredite und Darlehen                                                                    | Art. 21 lit. e der Richtlinie 2014/25/EU |
| § 137 Abs. 1 Nr. 9 GWB                                                                                                    | Zum Zwecke der Weiterveräußerung oder der Vermietung an Dritte vergebene Aufträge       | Art. 18 der Richtlinie 2014/25/EU        |
| § 138 GWB                                                                                                                 | Vergabe an verbundene Unternehmen                                                       | Art. 29 der Richtlinie 2014/25/EU        |
| § 139 GWB                                                                                                                 | Vergabe durch oder an ein Gemeinschaftsunternehmen                                      | Art. 30 der Richtlinie 2014/25/EU        |
| <b>Besondere Ausnahmen nach § 145 GWB: Vergabe von verteidigungs- oder sicherheitsspezifischen öffentlichen Aufträgen</b> |                                                                                         |                                          |
| § 145 Nr. 1 GWB                                                                                                           | Aufträge für nachrichtendienstliche Tätigkeit                                           | Art. 13 lit. b der Richtlinie 2009/81/EG |
| § 145 Nr. 2 GWB                                                                                                           | Aufträge im Rahmen eines auf Forschung und Entwicklung beruhenden Kooperationsprogramms | Art. 13 lit. c der Richtlinie 2009/81/EG |

|                 |                                                                                                      |                                          |
|-----------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------|
| § 145 Nr. 3 GWB | Aufträge im Rahmen von Truppeneinsätzen in einem Drittland an im Einsatzgebiet ansässige Unternehmen | Art. 13 lit. d der Richtlinie 2009/81/EG |
|-----------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------|

|                 |                                                                       |                                          |
|-----------------|-----------------------------------------------------------------------|------------------------------------------|
| § 145 Nr. 5 GWB | Finanzdienstleistungen mit Ausnahme von Versicherungsdienstleistungen | Art. 13 lit. h der Richtlinie 2009/81/EG |
| § 145 Nr. 6 GWB | Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen                          | Art. 13 lit. j der Richtlinie 2009/81/EG |

**Besondere Ausnahmen nach §§ 149- 154 GWB: Vergabe von Konzessionen**

|                  |                                                                                                            |                                                 |
|------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------|
| § 149 Nr. 1 GWB  | Ausnahme bestimmter Rechtsdienstleistungen                                                                 | Art. 10 Abs. 8 lit. d der Richtlinie 2014/23/EU |
| § 149 Nr. 3 GWB  | Audiovisuelle Mediendienste und Hörfunkmediendienste                                                       | Art. 10 Abs. 8 lit. b der Richtlinie 2014/23/EU |
| § 149 Nr. 4 GWB  | Finanzielle Dienstleistungen                                                                               | Art. 10 Abs. 8 lit. e der Richtlinie 2014/23/EU |
| § 149 Nr. 5 GWB  | Kredite und Darlehen                                                                                       | Art. 10 Abs. 8 lit. f der Richtlinie 2014/23/EU |
| § 149 Nr. 7 GWB  | Dienstleistungskonzessionen im Zusammenhang mit einem ausschließlichen Recht                               | Art. 10 Abs. 1 der Richtlinie 2014/23/EU        |
| § 149 Nr. 8 GWB  | Kommunikationsnetze und Kommunikationsdienste                                                              | Art. 11 der Richtlinie 2014/23/EU               |
| § 149 Nr. 9 GWB  | Bereich Wasser                                                                                             | Art. 12 der Richtlinie 2014/23/EU               |
| § 149 Nr. 10 GWB | Konzessionen zu Lotteriedienstleistungen                                                                   | Art. 10 Abs. 9 der Richtlinie 2014/23/EU        |
| § 149 Nr. 11 GWB | Konzessionen zur Durchführung von Tätigkeiten in Drittstaaten                                              | Art. 10 Abs. 10 der Richtlinie 2014/23/EU       |
| § 149 Nr. 12 GWB | Konzessionen im Bereich der Luftverkehrsdienste oder der Beförderung nach dem Personenbeförderungsgesetzes | Art. 10 Abs. 3 der Richtlinie 2014/23/EU        |
| § 150 Nr. 1 GWB  | Konzessionen, die wesentliche Sicherheitsinteressen betreffen                                              | Art. 10 Abs. 6 lit. a der Richtlinie 2014/23/EU |

|                                           |                                                                                                                                           |                                                                                                 |
|-------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|
| § 150 Nr. 2 GWB                           | Konzessionen im Rahmen eines auf Forschung und Entwicklung beruhenden Kooperationsprogramms                                               | Art. 10 Abs. 6 lit. b der Richtlinie 2014/23/EU                                                 |
| § 150 Nr. 3 GWB                           | Konzessionen für Bau- und Dienstleistungen im unmittelbaren Zusammenhang u.a. mit Militärausrüstung oder speziell für militärische Zwecke | Art. 10 Abs. 6 lit. c der Richtlinie 2014/23/EU                                                 |
|                                           |                                                                                                                                           |                                                                                                 |
| § 150 Nr. 4 GWB                           | Konzessionen im Rahmen von Truppeneinsätzen in einem Drittland an im Einsatzgebiet ansässige Unternehmen                                  | Art. 10 Abs. 6 lit. d der Richtlinie 2014/23/EU                                                 |
| § 150 Nr. 5 GWB                           | Durch andere Ausnahmenvorschriften erfasst                                                                                                | Art. 10 Abs. 6 lit. e der Richtlinie 2014/23/EU                                                 |
| § 154 Nr. 5 i.V.m. § 138 GWB              | Konzessionsvergabe an verbundene Unternehmen                                                                                              | Art. 13 der Richtlinie 2014/23/EU                                                               |
| § 154 Nr. 6 i.V.m. § 139 GWB              | Konzessionsvergabe durch oder an ein Gemeinschaftsunternehmen                                                                             | Art. 14 der Richtlinie 2014/23/EU                                                               |
| <b>Sonstiges</b>                          |                                                                                                                                           |                                                                                                 |
| § 131 GWB / Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 | öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene oder per Untergrundbahn                                                                   | Art. 10 lit. i der Richtlinie 2014/24/EU<br><br>Art. 21 lit. g der Richtlinie 2014/25/EU        |
| -                                         | Bestimmte Ausnahmen für öffentliche Auftraggeber, die eine Sektorentätigkeit ausüben                                                      | Art. 7 der Richtlinie 2014/24/EU                                                                |
| -                                         | Dienstleistungen im Rahmen politischer Kampagnen                                                                                          | Art. 10 Abs. 8 lit. h der Richtlinie 2014/23/EU<br><br>Art. 10 lit. j der Richtlinie 2014/24/EU |

|  |
|--|
|  |
|--|